



15. April 2010

MEDIENINFORMATION

Ergebnisse der Verkehrsministerkonferenz in Bremen

Ergebnisreiche 3. Verkehrsministerkonferenz unter Thüringer Vorsitz beendet

Konsequenzen aus der für alle deutschen Bundesländer besonders harten Wintersaison 2009/2010 wurden auf der 3. Verkehrsministerkonferenz unter Thüringer Vorsitz in der Hansestadt Bremen diskutiert. Die 6,5 Monate bis zum Winteranfang wollen Land und Bund nutzen, um sowohl den Winterdienst als auch die Verkehrsträger vorzubereiten und vorbeugende Maßnahmen aus den Erfahrungen der harten Frostperiode zu ziehen.

Auf Initiative des Freistaats Thüringen hat sich der Bund bereit erklärt, Bau und Unterhalt von Pendlerparkplätzen zu finanzieren und seine bislang ablehnende Haltung aufzugeben. „Arbeitsstrukturen haben sich weltweit geändert. Wohnort und Arbeitsplatz liegen häufig auseinander. Parkplätze um den PKW abzustellen und in Fahrgemeinschaften zu einem Ziel wie dem Arbeitsplatz weiterzufahren sind darum zeitgemäß und umweltschonend. Diese Stellplätze mit besonderer Relevanz für den Fernverkehr sollen ab jetzt vom Bund gebaut und unterhalten werden. Damit können Fahrgemeinschaften jetzt vernünftige Stellflächen angeboten werden“, so der Thüringer Verkehrsminister Christian Carius (CDU).

Ebenfalls einstimmig wurde beschlossen, das bundesweit gültige Verkehrssicherheitsprogramm für 2011-2021 unter Einbeziehung der neuesten wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse aufzulegen. Zudem konnte das Thüringer Vorsitzland einstimmig Nachbesserungen bei der derzeit gültigen Regelung für den Unterfahrschutz von LKW in Angriff zu nehmen: „Auffahrunfälle zwischen LKW und PKW enden derzeit häufig mit schweren oder tödlichen Verletzungen für die PKW-Insassen. Im Falle eines Unfalls sind Insassen besser geschützt. Durch die neue Vorschrift zum LKW Unterfahrschutz sollen Unfallfolgen wesentlich verringert werden“, so Carius.

Bremens Verkehrssenator Dr. Reinhard Loske (Bündnis 90/Die Grünen) freut sich über die Einigkeit der Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister der Bundesländer über die große Bedeutung der Elektromobilität: „Von der Verkehrsministerkonferenz in Bremen geht ein starkes Signal für den Ausbau der Elektromobilität als wesentlicher Faktor für die Zukunft des Automobils aus. Alle Ländervertreter sind sich einig, dass es einer gemeinsamen Kraftanstrengung mit dem Bund bedarf, um zügig die Serienreife von Elektromobilen voranzutreiben“. Laut Senator Loske bedarf es dafür vor allem eines schnell umzusetzenden Markteinführungsprogramms und der Herstellung von diskriminierungsfreien Netzzugängen, damit auch kleinere Energieunternehmen an der Versorgung von Elektromobilen teilhaben können.

Senatorin Junge-Reyer (SPD) mahnt eine schnelle Klärung der Eckwerte und Perspektiven der Bundesverkehrsfinanzierung an: „Angesichts absehbar fallender Finanzierungslinien und einer bereits heute vorhandenen Mangelsituation muß das Ziel einer Veränderung der Verkehrsanteile zugunsten der Schiene (im Fern- Regional und Nahverkehr) maßgeblich sein, wenn Güter- und Personenverkehr auch künftig menschen- und umweltverträglich organisiert werden sollen“. Im Bereich Schiene sind die Maßnahmen der Bundesverkehrswegeplanes in hohem Maße unterfinanziert. Ohne Aufrechterhaltung der sogenannten Entflechtungsmittel des Bundes droht den Gemeinden ein Ausfall eines wesentlichen Bestandteils ihrer Verkehrsfinanzierung.

Bundesverkehrsminister Ramsauer: „Dort wo der Bund zuständig ist, werden die Schäden schnell repariert. Die Länder erhalten vom Bund jährlich Mittel in Milliardenhöhe, um Bundesfernstraßen Instand zu halten. Ich stelle jetzt vorrangig 100 Millionen Euro für Sofortmaßnahmen an Autobahnen und Bundesstraßen bereit, um Frostschäden zu beseitigen. Die Föderalismuskommission hatte klar gestellt: Bund, Länder und Kommunen müssen jeweils für ihre eigenen Straßen aufkommen. Der Bund tut dies für seinen verfassungsrechtlich festgelegten Zuständigkeitsbereich. Bei diesem Thema sind alle gefordert. Wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen. Die Beseitigung der Winterschäden ist eine Gemeinschaftsaufgabe.“